

Jahresbericht 2009



Heute für ein
Heute für ein **besseres** Morgen.
besseres Morgen.



Jahresbericht 2009

der Stiftung Deutsches Forum für Kriminalprävention

Redaktion: Wolfgang Kahl

© Stiftung Deutsches Forum für Kriminalprävention
Bonn, 2010
Alle Rechte vorbehalten

Leitbild

Die Stiftung Deutsches Forum für Kriminalprävention

- sieht gesamtgesellschaftliches, auf Nachhaltigkeit angelegtes Wirken als unabdingbare Voraussetzung für eine effektive Reduzierung von Kriminalität und die Gewährleistung größtmöglicher Sicherheit an. Kernanliegen ist es, Prävention als Aufgabe in der Verantwortung jedes Einzelnen sowie aller Institutionen und Organisationen von Wirtschaft und Gesellschaft zu etablieren.
- versteht sich als kompetentes Bindeglied zwischen Wissenschaft, Praxis und Politik und fördert die Kooperation und Vernetzung der unterschiedlichen Präventionsakteure.
- bezieht Position zu präventionsrelevanten Themen im Kontext der inneren Sicherheit und vertritt diese konsequent nach außen.
- ergreift die Initiative bei kriminalpräventiven Problemstellungen und stellt dabei Themen von grundlegendem Interesse in den Mittelpunkt.
- setzt sich für eine Verbesserung der Lebenssituation und Entwicklungsbedingungen von Kindern und Jugendlichen im Sinne einer Basisprävention ein.
- trägt dazu bei, dass präventionsrelevante Ansätze und Einwirkungsmöglichkeiten aufeinander abgestimmt den vielfältigen Entstehungsbedingungen und Wirkungszusammenhängen von Kriminalität Rechnung tragen.

Inhalt

1. Überblick 2009	4
2. Zu den Arbeitsschwerpunkten und anderen Tätigkeitsbereichen	6
2.1 Gewaltprävention	6
2.1.1 Gelingensbedingungen der Gewaltprävention: Konsequenzen aus der Expertise zu systematischer Entwicklungsförderung im Kindes- und Jugendalter	6
2.1.2 Prävention von Häuslicher Gewalt: Unterarbeitsgruppe zur Verbesserung der Möglichkeiten im schulischen Bereich	8
2.2 Kommunale Kriminalprävention	10
2.2.1 Leitfaden für das kommunale Präventionsmanagement	10
2.2.2 Kooperation im Städtenetzwerk Kriminalprävention	12
2.3 Präventionsinformationen und Wissensmanagement	13
2.4 Praxisforum Evaluation	14
2.5 Prävention von Internet-Devianz: Projekt Webpatrol – Sicherheit im und durch das Internet	15
2.6 Technische Kriminalprävention	17
2.7 Europäisches Netzwerk für Kriminalprävention (EUCPN)	17
2.8 Kooperationspartnerschaft „Deutscher Präventionstag“	20
2.9 Öffentlichkeitsarbeit: Website, Newsletter, Zeitschrift	22
3. Finanzielle Förderung der Evaluation externer Projekte	24
4. Organisation, Personal und Finanzlage der Stiftung	27
4.1 Organisation	27
4.2 Personal	27
4.3 Finanzlage	27
4.4 Jahresabschluss 2008	28
Anhang:	
Mitglieder des Kuratoriums	29
Mitglieder des Vorstandes	32

1. Überblick 2009

*Konsolidierung der
Stiftungsarbeit*

Die Stiftungsarbeit hat sich im Sinne des Kuratoriumsbeschlusses zur Neuausrichtung vom 28. Januar 2008 unter Berücksichtigung der eng begrenzten finanziellen und personellen Gegebenheiten weiter konsolidiert.

Kernaufgaben

Im Kern richten sich die Aufgaben auf die Förderung kriminalpräventiver Projekte, den Betrieb und die Weiterentwicklung einer Präventionsinformationsplattform, die Gestaltung des DFK-Web-Portals, die Herausgabe und Redaktion der Zeitschrift „forum kriminalprävention“ und eines periodischen Newsletters, die Wahrnehmung der Kontaktstellenfunktion im Europäischen Netzwerk für Kriminalprävention (EUCPN), die Beantwortung von Bürger- und Fachanfragen sowie die Stiftungsverwaltung.

*begrenzte Möglichkeiten
für eigene Projektarbeit*

Die Möglichkeit für eigene Projekte bzw. Projektgruppen wird nur insoweit gesehen, als sich einzelne Mitglieder im Kuratorium oder ggf. interessierte Dritte mit eigenen finanziellen und personellen Ressourcen unter dem Dach des DFK engagieren.

finanzieller Mitteleinsatz

Der finanzielle Mitteleinsatz konzentrierte sich im Berichtszeitraum etwa zur Hälfte auf die Förderung der Evaluation externer Präventionsprojekte.

*Personelle Situation in
der Geschäftsstelle*

Seit Herbst 2008 hat Herr Wolfgang Kahl – der dem DFK vom Bundeskriminalamt dankenswert noch bis Mitte des Jahres 2010 zugewiesen ist – alle Aufgaben allein bewältigt. Seit Ende Juli 2009 steht ihm Frau Ines Reckin bei den administrativen Arbeiten zur Seite. Als weitere personelle Zuweisung des Bundesministeriums der Justiz hat Herr Staatsanwalt Stefan Daniel seine Arbeit in der Geschäftsstelle Mitte Oktober 2009 begonnen.

Ob die derzeitige Personalausstattung über eine gewisse Dauer zu halten ist oder ausgebaut werden kann, muss die Zukunft zeigen.

*Aktivitäten und Arbeits-
ergebnisse im Laufe des
Jahres*

Trotz der einschränkenden Rahmenbedingungen konnten seitens der Geschäftsstelle eine Vielzahl von Aktivitäten gewährleistet und angemessene Arbeitsergebnisse erreicht werden:

Projektförderung

- Ausschreibung von Fördermitteln für die Evaluation externer Projekte, Dokumentation und Aufbereitung der Fördermittelanträge sowie Vorschläge für die Entscheidungsfindung, vertragliche Vereinbarungen mit den ausgewählten Partnern, Bereitstellung der Fördermittel für die Evaluation der Projekte

PiIT Hessen

- Gewaltprävention in hessischen Schulen mit dem Programm „Prävention im Team“ (PiIT Hessen)

Buddy Grundschule

- Gewaltprävention mit dem Programm „Buddy“ in Grundschulen (Niedersachsen, Nordrhein-Westfalen)

*Violence Prevention
Network*

- „Abschied von Hass und Gewalt“ – Pädagogische Arbeit mit extremistisch und fundamentalistisch gefährdeten jugendlichen Gewaltstraftätern im Jugendvollzug und nach Entlassung durch Violence Prevention Network e.V. (Baden-Württemberg, Berlin, Brandenburg, Bremen, Hamburg, Mecklenburg-Vorpommern, Niedersachsen, Sachsen-Anhalt)

*„FAMOS – Familien
optimal stärken“*

- „FAMOS – Familien optimal stärken“ : Gewaltprävention und Stärkung von Familien in der „Modellregion für Erziehung Paderborn“ (Nordrhein-Westfalen)

- Gewaltprävention in Kitas und Schulen im Landkreis Ostprignitz/Ruppin (Brandenburg) *Gewaltprävention in Ostprignitz/Ruppin*
- Vorbereitung und Durchführung eines Praxisforums „Evaluation (in) der Kriminalprävention“ *Praxisforum Evaluation*
- Unterstützung der Projektarbeit der Beisitzer des Vorstandes
- Unterstützung von Fachveranstaltungen zur Vermittlung der „Gelingensbedingungen der Prävention von interpersonaler Gewalt in Kindes- und Jugendalter“ im Sinne eines entwicklungsorientierten Ansatzes (etwa Fachtagung „Netzwerk gegen Jugendgewalt“ in Rheinland-Pfalz, Seminar „Gewaltprävention“ der Konrad-Adenauer-Stiftung, Workshop „Aggression und Prävention“ der Freien und Technischen Universität Berlin, Sicherheitskonferenz der Deutschen Bahn) *Fachveranstaltungen zu „Gelingensbedingungen der Gewaltprävention“*
- Mitarbeit in der Bund-Länder-Arbeitsgruppe Häusliche Gewalt und Moderation / Administration einer Unterarbeitsgruppe *BLAG Häusliche Gewalt*
- Kooperation mit der Deutschen Bahn bei der Kampagne „Präventionszug Fair und Sicher unterwegs“ *DB-Präventionszug*
- Überarbeitung und Ergänzung des Leitfadens „Impulse für das kommunale Präventionsmanagement“ und Mitwirkung bei der Tagung des saarländischen Landesinstituts für präventives Handeln zum Thema „Bürgerengagement in der Kommunalen Kriminalprävention“ *Leitfaden Impulse für das Kommunale Präventionsmanagement*
- Beteiligung an / Unterstützung der Aktivitäten des Städtenetzwerkes Kriminalprävention *Städtenetzwerk*
- Entwicklung einer Plattform „Prävention im Überblick“ zur gebündelten Recherche in unterschiedlichen Datensystemen (etwa ab Mitte 2010 über die DFK-Website in Betrieb) und Gewährleistung der Kooperation mit den Partnern auf Landesebene *Prävention im Überblick*
- Erweiterung des Portals „Wissen gegen Gewalt“ auf der DFK-Website (etwa zum Bereich Amok / Schoolshootings) *Wissen gegen Gewalt*
- Beratung und Unterstützung des vom Bundesministerium der Justiz bei der Universität Frankfurt in Auftrag gegebenen Projektes zur onlinebasierten Recherche und Dokumentation von Präventionsinformationen
- Beteiligung am 14. Deutschen Präventionstag mit Präsentationsstand und einem Fachvortrag „Auswirkungen der regionalen Bevölkerungsentwicklung auf Risiken sowie Prävention von Gewalt- und Hasskriminalität“ *14. DPT*
- Beratung und Mitarbeit im Projekt „Jugendkriminalität 2020“ der Deutschen Hochschule der Polizei (DHPol) *JuKrim 2020*
- Nationale Kontaktstelle im Europäischen Netzwerk für Kriminalprävention (EUCPN): Unterstützung der nationalen Repräsentanten bei der Vor- und Nachbereitung des deutschen Beitrages für die Europäische Best-Practice-Konferenz in Stockholm sowie bei der externen Evaluation des Netzwerkes *Europäisches Netzwerk für Kriminalprävention (EUCPN)*
- Fachvorträge zur „Kriminalprävention in Deutschland“ im Rahmen einer Sommerschule der russischen Rechtsakademie in St. Petersburg *St. Petersburg*

<i>Zeitschrift</i>	<ul style="list-style-type: none"> • DFK-Zeitschrift „forum kriminalprävention“: Redaktionelle Mitarbeit (Fachartikel) und administrative Unterstützung sowie Übernahme der kompletten Redaktion zum Jahresende • Redaktion und Herausgabe des DFK-Newsletters
<i>Kooperation mit Landespräventionsgremien</i>	<ul style="list-style-type: none"> • Kooperation mit den Landespräventionsgremien; Vertretung der Stiftung bei Fachkongressen und Landespräventionstagen
<i>Stiftungsverwaltung</i>	<ul style="list-style-type: none"> • Gewährleistung der Arbeit der Stiftungsorgane sowie der Stiftungsverwaltung (Kuratoriumssitzung, Vorstandssitzungen, Budgetplanung und Mittelverwaltung, Buchhaltung, Steuererklärung, Jahresabschluss, Jahresbericht)
<i>Bürgerpost</i>	<ul style="list-style-type: none"> • Erledigung aller Bürgeranfragen, Publikationsversand, fachliche Stellungnahmen und Beantwortung journalistischer Anfragen
<i>Beisitzer</i>	<p>Der Vorstand hat zur Unterstützung seiner Arbeit und zur Durchführung jeweils verantworteter Projekte bzw. Initiativen fünf Beisitzer gewählt, die an zwei Vorstandssitzungen beratend teilgenommen haben. Im Projekt „Webpatrol – Sicherheit im und durch das Internet“ wurde eine Konzeption mit Handlungsoptionen und –empfehlungen erarbeitet und zur fachlichen Diskussion gestellt. Die Projektgruppe „Technische Kriminalprävention“ ist im Laufe des Berichtsjahres nicht mehr zusammengetreten.</p> <p>Zu würdigen ist die langjährige Mitarbeit des am 4. Dezember 2009 im Alter von 63 Jahren verstorbenen Beisitzers Werner Leonhardt, Beigeordneter der Landeshauptstadt Düsseldorf. Er hat den Aufbau der Stiftung von Anfang an beratend ausgesprochen tatkräftig und förderlich in der Vorstandsarbeit sowie im Städtenetzwerk unterstützt. Die Stiftung ist ihm zu großem Dank verpflichtet und wird ihm ein ehrendes Andenken bewahren.</p>
<i>Projekt Webpatrol</i>	
<i>Technische Kriminalprävention</i>	
<i>Abschied von Werner Leonhardt</i>	

2. Zu den Arbeitsschwerpunkten und anderen Tätigkeitsbereichen

2.1 Gewaltprävention

2.1.1 Gelingensbedingungen der Gewaltprävention: Konsequenzen aus der Expertise zu systematischer Entwicklungsförderung im Kindes- und Jugendalter

Prävention und Entwicklungsförderung

„Nur durch aufeinander aufbauende, langjährige, die Entwicklung von Kindern und Jugendlichen berücksichtigende und begleitende Prävention und Entwicklungsförderung kann eine Reduktion bzw. Verhinderung von Gewalt erzielt werden.“ Mit diesem Plädoyer endet die im Auftrag des DFK von Professor Dr. Herbert Scheithauer und seinem Team verfasste Expertise mit dem Titel „Gelingensbedingungen für die Prävention von interpersonaler Gewalt im Kindes- und Jugendalter.“

Expertise von Professor Dr. Scheithauer & Team

Zielgruppen und Anwendungsbereiche der Expertise

Die Publikation, die sich an Präventionsfachkräfte, (Sozial-) Pädagogen, Wissenschaftler und alle Verantwortlichen für Prävention richtet, ermöglicht eine Auseinandersetzung mit Präventionsprogrammen auf der Grundlage wissenschaftlicher Erkenntnisse, gibt Hinweise für die Implementierung evaluierter

Programme, vermittelt Anregungen zur Implementationsforschung und ermöglicht eine Weiterentwicklung in der Evaluierung von Konzepten und der Erarbeitung von Handlungsanleitungen für Praktiker und Politik.

Mit der Herausgabe der Expertise ist die Hoffnung verbunden, einen wichtigen Beitrag zu einem entwicklungsorientierten Verständnis i. S. einer Perspektivenerweiterung von Prävention zu leisten, in dem Gewaltprävention nicht nur und erst dann einsetzt, wenn Kinder und Jugendliche auffällig werden bzw. entsprechende Risikohinweise gegeben sind. Betont wird deshalb die Bedeutung universeller Maßnahmen, die auf die Förderung emotionaler und sozialer Kompetenzen bereits im frühen Alter zielen.

Die erste Auflage von 1.000 Exemplaren war bereits im September 2008 vollständig vergriffen. Die Nachfrage der zweiten Auflage war im Berichtszeitraum bis heute ungebrochen, etwa weitere 1.000 Broschüren konnten verschickt werden.

Plädoyer für ein entwicklungsorientiertes Verständnis von Prävention

Hohe Nachfrage nach der Broschüre



Die Auswirkungen der Erkenntnisse zeigen sich insbesondere dadurch, dass mittlerweile manualisierte, erprobte und evaluierte Programme (etwa Pappilio®, EFFEKT®, BuddY, FairPlayer) zur Förderung von Kompetenzen, Selbstbewusstsein sowie Empathiefähigkeit zunehmend in Kindertageseinrichtungen und Schulen der Primar- und Sekundarstufe 1 eingesetzt werden. Eine flächendeckende und vorgeschriebene Implementierung steht in den Bundesländern Deutschlands noch am Anfang. Insbesondere fehlen bislang die finanziellen Ressourcen, um im entwicklungsorientierten Sinne einen dauerhaften Prozess der Präventionsarbeit mit jeweils altersgerechten aufeinander abgestimmten Modulen zu gewährleisten. Eine einerseits zu begrüßende Vielfalt von prinzipiell ähnlichen Programmen wirkt sich gegenwärtig allerdings auch nachteilig aus, wenn sich sinnvolle Kooperationen der jeweiligen Programmträger durch den Wettstreit etwa um private und staatliche Fördermittel nur bedingt realisieren lassen.

Zunehmende Verbreitung von evaluierten Präventionsprogrammen

Erfordernisse für die Weiterentwicklung entwicklungsorientierter Prävention

Daher wird angeregt, dass es zukünftig zu einer an evidenzbasierten Qualitätskriterien orientierten Förderung kommt, die auch die Fähigkeit und Bereitschaft, mit anderen sich ergänzenden bzw. aufeinander aufbauenden Angeboten zu kooperieren, berücksichtigen sollte. Impulse in diesem Sinne bleiben zentraler Arbeitsgegenstand des DFK.

2.1.2 Prävention von Häuslicher Gewalt: Unterarbeitsgruppe zur Verbesserung der Möglichkeiten im schulischen Bereich

Unterarbeitsgruppe zur Verbesserung der Möglichkeiten der Prävention von Gewalt in Paarbeziehungen

Im Auftrag der vom Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend (BMFSFJ) einberufenen Bund-Länder-Arbeitsgruppe Häusliche Gewalt hat sich eine vom DFK moderierte Unterarbeitsgruppe mit Fragen beschäftigt, wie sich die bisherigen Empfehlungen zur Intensivierung und dauerhaften Integration des Themas Häusliche Gewalt (in Paarbeziehungen) in die schulische Präventionsarbeit einbringen, verstärken und ergänzen lassen.

Für die Prävention häuslicher Gewalt mit der Zielgruppe Kinder und Jugendliche ergeben sich zwei wesentliche Handlungsebenen:

- Zum einen ist notwendig, Mädchen und Jungen frühzeitig Begleitung und Unterstützung anzubieten, wenn sie häusliche Gewalt erleben. Sie brauchen Vertrauenspersonen außerhalb der Familie als Ansprechpartner/innen, außerdem Informationen über Unterstützungs- und Schutzmöglichkeiten.
- Zum anderen müssen Mädchen und Jungen darin motiviert und gestärkt werden, sich gegenüber Grenzüberschreitungen zu schützen, Konflikte auch in Beziehungen gewaltfrei zu lösen und respektvoll mit dem anderen Geschlecht umzugehen.

Unterstützung der Kinder im erlebten Falle häuslicher Gewalt

Stärkung der Kinder gegenüber Grenzüberschreitungen

Einschätzungen von Expertinnen und Experten haben in den letzten Jahren zahlreiche Hinweise erbracht, dass es sinnvoll und effektiv ist, Präventionsmaßnahmen zum Thema häusliche Gewalt in schulischen Kontexten zu verankern. Schulen sind der Ort, an dem alle Kinder und Jugendlichen erreicht werden können. Das bedeutet aber keineswegs, dass Schulen allein für die Prävention häuslicher Gewalt und die Unterstützung betroffener Kinder verantwortlich wären. Frauenunterstützungseinrichtungen und Jugendhilfe sind die wesentlichen Kooperationspartner für Schulen.

Bedeutung und Verantwortung der Schulen

Für die Umsetzung benötigen Schulen jedoch entsprechende Rahmenbedingungen. Etwa benötigen Lehrkräfte und schulexterne Fachkräfte geeignete Materialien für die Arbeit mit Mädchen und Jungen in unterschiedlichen Altersstufen (altersspezifische Materialien, Filme, Ausstellungen, Internetportal).

Materialien für Pädagogen

Die Unterarbeitsgruppe hatte in ihrem ersten Bericht bereits 2007 darauf hingewiesen, dass vereinzelt Materialien (Ausstellungen, Flyer, Unterrichtsbausteine...) für die praktische Arbeit vorliegen, diese Materialien aber nicht zentral zugänglich sind. Ähnliches gilt für Basisinformationen und Präventionskonzepte. Dieser Befund wurde in der interdisziplinären Fachtagung des BMFSFJ zu Präventionsmaßnahmen gegen häusliche Gewalt bestätigt. Für einen umfassenden, unkomplizierten und sinnvoll gegliederten Zugang zu entsprechenden Materialien wird deshalb die Einrichtung einer Internetplatt-

Materialien nicht zentral zugänglich

form („virtuelles Handbuch“) empfohlen. Hier können bereits vorhandene Materialien bereitgestellt, vorliegende Arbeitserfahrungen und Konzepte veröffentlicht und kontinuierlich neue Materialien, Hinweise und Ergebnisse integriert werden. Dadurch werden Synergieeffekte ermöglicht und die Implementierung des Themas beschleunigt.

Internetplattform im Sinne eines „virtuellen Handbuchs“ erforderlich

Darüber hinaus ist ein Angebot im Internet allen Interessierten – Fachkräften und Laien, Erwachsenen, Kindern und Jugendlichen – zugänglich und kann die Enttabuisierung und die gesellschaftliche Auseinandersetzung mit Gewalt in Beziehungen fördern und positiv beeinflussen.

Der Abschlussbericht mit den Empfehlungen liegt der Auftrag gebenden Bund-Länder-AG vor. Umsetzungsmöglichkeiten und ihre Finanzierung sollen im Benehmen mit der Kultursministerkonferenz (KMK) sondiert werden.

Abschlussbericht

Gewalt in Paarbeziehungen

Ursachen und Spirale der Gewalt

Ursachen von Gewalt in Familien

Uneinigkeit über:

- Kindererziehung
- Haushaltsführung und Verteilung der Hausarbeit
- finanzielle Angelegenheiten
- Sexualität

- Je mehr in wichtigen familiären Angelegenheiten Entscheidungen nur von einem Partner getroffen werden und der andere Partner übergangen oder seine Meinung unterdrückt wird, desto mehr Gewalt herrscht in der Familie.
- Je mehr Kinder in einer Familie erzogen werden müssen, desto größer ist die Gefahr häuslicher Gewalt.
- Je mehr Stress auf einer Familie lastet, desto größer ist die Gefahr familiärer Gewalt.
- Je unklarer und anspruchsvoller die Erwartungen an den Partner sind, desto größer ist die Gefahr von relationaler Gewalt.

Die Spirale der Gewalt

Wie kommt es zu Gewalt in Paarbeziehungen?

Der Auslöser für Gewalt ist in aller Regel ein Konflikt. In der jeweiligen Situation bedeutet die Anwendung von Gewalt einen unangemessenen Weg zur Konfliktlösung einzuschlagen. Andere mögliche Wege sind entweder nicht bekannt oder erscheinen nicht sinnvoll.

Wie kommt es zur Spirale der Gewalt?

- 1 Erste Liebe**
Probleme lösen sich im Erwachsenenalter.
- 2 Erste heftige Konflikte**
Die Interessen gehen immer häufiger übereinander. Man schreit sich an und beleidigt sich.
- 3 Der erste Schlag**
Emotionaler Druck, fehlende anderweitige Lösungsmöglichkeiten aber auch fehlende Selbstkontrolle führen bei einem Konflikt zu erstmaligem Zuschlagen oder anderen Formen der Gewalt.
- 4 Entsetzen**
Setzt die Selbstkontrolle wieder ein, kommt es nicht nur beim Opfer, sondern auch teilweise des Täters zum Entsetzen über das Geschehene.
- 5 Reue**
Jetzt setzt die Reue der Tat ein. Es folgen Entschuldigungen, Erklärungsversuche, es wird um Vergebung gebeten und es werden Versprechungen gemacht.
- 6 Verliebtheit**
Aus dem Schmerz entwickelt sich eine neue Verliebtheit, die es beiden Seiten erlaubt, die Einmaligkeit des Verfalls und die Aufrichtigkeit der Reue zu glauben.
- 7 Schuldfrage**
Um nicht allein die Schuld am Geschehenen zu tragen, wird dem Opfer eine Teilschuld zugewiesen.
- 8 Spannung**
Da der eigentliche Konflikt aber nicht die Gewalt nicht gelöst wurde, bauen sich neue Spannungen und Aggressionen auf.
- 9 Der nächste Schlag**
Wenn die Spannungen zu groß werden, kommt es zu erneuten Gewalttätigkeiten. Diese bedürfen immer geringere Anlässe.

Der Kreislauf der Gewalt nimmt seinen Gang. Wird er nicht durchbrochen, schraubt sich die Spirale immer enger zusammen und ein Ausbrechen wird immer schwerer. Die Phasen zwischen den Gewalttätigkeiten werden immer kürzer und die eingesetzte Gewalt immer brutaler.

Prof. Dr. Manfred Bornweiser
und Studierende der FDV - Soziale Devianz
Gert Maaßen (Kriminalische Beratung und
Bekämpfung der Straftat - Opfer-Schutz-Ansatz)

Mit Unterstützung des Landesrats für Kriminalitätsbekämpfung
des Landes Rheinland-Pfalz
und dem Oberstaatsanwalt

2.2 Kommunale Kriminalprävention

2.2.1 Leitfaden Impulse für das Kommunale Präventionsmanagement

Leitfaden Impulse für das Kommunale Präventionsmanagement

Bei der Überarbeitung des 2005 vom DFK herausgegebenen Leitfadens „Impulse für das Kommunale Präventionsmanagement“ sind Erkenntnisse aus zahlreichen aktuellen Studien zum Stand der kommunalen Kriminalprävention sowie ihren Entwicklungsmöglichkeiten ergänzt worden.



Es wird zukünftig vor allem darauf ankommen, die Bürger/innen als Betroffene im Gemeinwesen, in ihrem Zusammenleben mit anderen Menschen im Sozialraum anzusprechen und ihre Motivation zur gesellschaftlichen Teilhabe und entsprechender Gestaltungsverantwortung zu fördern. Es wird immer dringlicher, nicht über sondern mit den Betroffenen von Maßnahmen und Angeboten zu beraten und zu entscheiden. Jugendparlamente wären etwa eine Möglichkeit, unmittelbare Beteiligung von jüngeren Menschen zu erreichen.

Aktivierung zur gesellschaftlichen Teilhabe

Jugendparlamente

Neue Studien



Für die Weiterentwicklung der Kommunalen Kriminalprävention sind möglichst kleinräumige Ansätze geeignet, allerdings nachhaltig erst dann, wenn sich verwaltungsmäßiges Handeln darauf ein- bzw. umstellt, etwa durch stadtteilbezogene Zuständigkeiten der bzw. in den Ämtern. Ein institutionalisiertes Quartiersmanagement kann dabei sowohl die Aushandlungsprozesse von Interessengegensätzen unterstützen als auch die Entwicklung von Projekten sowie die Vernetzung der lokalen Akteure fördern. Es knüpft an die in der Bewohnerschaft vorhandenen Potenziale, Fähigkeiten und Aktivitäten an und stärkt diese. Es geht insbesondere darum, jene Menschen zu erreichen, die außerhalb der formellen und informellen kommunalpolitischen Zirkel stehen. Gute Beispiele zu einer solchen Vernetzung und Bündelung haben sich im Rahmen des Bund-Länder-Programms „Soziale Stadt“ entwickelt.

Kleinräumige Ansätze

Quartiersmanagement

Soziale Stadt



Mit Blick auf das verbindende Element des Raumes ist anzuregen, die Bemühungen um integrierte Handlungskonzepte nicht auf den Fokus der Kriminalprävention mit dem Ziel, Sicherheit und Sicherheitsgefühl der Bevölkerung zu stärken, zu begrenzen. Erfolgversprechender erscheint der Ansatz, den Sicherheitsaspekt in sozialräumliche Strategien zu integrieren, die allen sozialen Kontextfaktoren – insbesondere in Quartieren mit einer „Abwärtsspirale“ zu einem sozialen Brennpunkt mit höherer Kriminalitätsbelastung und zunehmenden Unsicherheitsgefühlen – entgegenwirken. Zivilgesellschaftliche Gruppen werden sich eher einbinden lassen, wenn der von ihnen zu erbringende Beitrag nicht auf Kriminalprävention als den allenfalls sekundären Effekt ihrer originären Leistung ausgerichtet ist.

Sozialräumlich definierte integrierte Handlungskonzepte

Im Ergebnis wird die Weiterentwicklung des Konzeptes der „Kommunalen Kriminalprävention“ hin zu einem „Integrierten Sozialraumkonzept“ u.a. mit den Elementen

Integriertes Sozialraumkonzept

- Anlass- und interessenbezogene Akteurs- und Bürgereinbindung (zumeist auf Zeit)
- Quartiersmanagement / Moderation / Konfliktmanagement
- Sozialraum bezogenes verwaltungsmäßiges Handeln
- Stärkung der Kooperation professioneller Akteure in konkreten Handlungsbezügen
- Beachtung demokratischer Legitimation bei der Willensbildung empfohlen.

2.2.2 Kooperation im Städtenetzwerk Kriminalprävention

Im März und November 2009 versammelten sich die Städtepartner Augsburg, Chemnitz, Düsseldorf, Erfurt, Frankfurt a.M., Gelsenkirchen Hannover, Koblenz, Ludwigshafen und Stuttgart unter Beteiligung des DFK zu einem Erfahrungs- und Informationsaustausch.

Partnerstädte



Inhaltliche Schwerpunkte

Inhaltliche Schwerpunkte waren

- Aspekte der Weiterentwicklung des Konzeptes der kommunalen Kriminalprävention: Erfurt entwickelt z.B. seit 2006 in enger Kooperation mit der dortigen Fachhochschule ein alternatives Modell zur integrierten Sozialraumplanung und erprobt und verbessert seitdem die Elemente. Dazu gehören unabhängig moderierte Sozialraumkonferenzen der Stadtverwaltung mit Bewohnern sowie Vertretern etwa von Vereinen, Wohnungswirtschaft, Einzelhandel und Verkehrsbetrieben. Durch ein beim Oberbürgermeister angegliedertes Planungsamt wird in Kooperation mit einem unabhängigen Planungsmanager der Stadtentwicklungsprozess ressortübergreifend und partizipativ moderiert und koordiniert. Die unterschiedlichen Belange in den jeweiligen Stadtgebieten stehen dabei im Vordergrund.
- Ein Erfahrungsaustausch zu den Konsequenzen des Amoklaufs von Winenden: Insbesondere sind vielfach Verbesserungen bei den Alarmplänen von Polizei und Schulen vorgenommen worden, bis hin zu konkreten Absprachen für den Notfall. Pädagogische Konzepte der Kompetenzförderung und Gewaltprävention werden weiterhin als sinnvoll erachtet und sollten in einen Kontext von Schulentwicklung hin zu angstfreiem Lernen und einer gegenseitigen Anerkennungskultur von Schülern, Lehrern und Eltern gebracht werden.
- Ein fachlicher Austausch zur Prävention und Bearbeitung von Jugendkriminalität beim Haus des Jugendrechts in Ludwigshafen, eine Kooperationsform von Polizei, Jugendhilfe und Staatsanwaltschaft (unter einem Dach, aber räumlich getrennt), die sich dort seit Jahren bewährt.

Integrierte Sozialraumplanung in Erfurt

Gewaltprävention nach Winnenden

Haus des Jugendrechts

Ständiger Informationsaustausch

Wechselnde Geschäftsführung

Darüber hinaus kommunizieren die Partner zu aktuellen Phänomenen und Themen im Rahmen eines E-Mail-Verbundes sowie anlassbezogen unmittelbar im Gespräch.

Seit 2009 organisiert sich das Netzwerk mit wechselnder Geschäftsführung selbst. Das DFK bleibt weiterhin Partner der Kooperation.

2.3 Präventionsinformationen und Wissensmanagement

Um auch zukünftig Informationen und Wissen aus aktueller Forschung, Literatur, Praxisprojekten und Programmen für Fachleute sowie für jedermann recherchierbar zur Verfügung zu stellen, ist es aus technischen, finanziellen und praktischen Erwägungen heraus notwendig geworden, perspektivisch von der bisherigen Datenbanklösung PräViS Abstand zu nehmen. DFK und die an PräViS beteiligten Länderpartner hatten sich zuvor zur Frage der Fortführung intensiv ausgetauscht. Im Ergebnis war klar geworden, dass die Partner jeweils eigene Vorstellungen haben, zukunftsfähige Systeme aufzubauen. In diesem Prozess beteiligt sich das DFK durch den derzeitigen Aufbau eines Portals „Prävention im Überblick“, das unterschiedlichen Partnern – wie (Landes)präventionsgremien und wissenschaftlichen Einrichtungen – Möglichkeiten bietet, ihre im World Wide Web (www) verfügbaren Informations- und Wissensbestände gemeinsam über die Website des DFK zur Recherche anzubieten.

Das Portal „Prävention im Überblick“ wird die Informationsangebote mit einer die relevanten gesellschaftlichen und politischen Handlungsfelder einbeziehenden Perspektive bündeln und einen Blick über und in die deutsche Präventionslandschaft geben. Eine Erweiterung hin zu ausgewählten internationalen Wissensbeständen ist vorgesehen.

Das Portal ermöglicht Recherchen mit Suchbegriffen

- in allen Angeboten gleichzeitig oder
- nur in ausgewählten Angeboten

oder den unmittelbaren Übergang auf ein spezielles Angebot.

Der Systemwechsel wird einvernehmlich mit den bisherigen Partnern im Laufe des Jahres 2010 vollzogen.

Zukunftsfähiges Wissensmanagement

Beendigung der Datenbank PräViS

Abstimmung mit den Länderpartnern

Aufbau eines Web-Portals „Prävention im Überblick“

Neue Recherchemöglichkeiten

2.4 Praxisforum Evaluation

Fortbildungsangebot zum
Thema Evaluation

Das DFK ist bestrebt, wissenschaftliche Forschungsanliegen und praktische Bemühungen, die die Wirksamkeit und Nachhaltigkeit von Präventionsprojekten überprüfen, zu unterstützen. Mit der Veranstaltungsreihe „Praxisforum Evaluation“ leistet das DFK einen Beitrag zur Vermittlung von Evaluation als unverzichtbarem Element qualitätsorientierter Präventionsarbeit.

Methoden der Evaluation

Das Angebot richtet sich an Akteure kommunaler und polizeilicher Präventionsaktivitäten. Die thematischen Schwerpunkte *Projektmanagement* und *Methoden der Evaluation* werden in zweitägigen Workshops durch externe Trainer an praktischen Beispielen vermittelt.



Praxisworkshop
in Wesseling

Workshop-Teilnehmer aus Polizei und Kommunalverwaltung haben am 12. und 13. Februar 2009 im Tagungszentrum der Konrad-Adenauer-Stiftung in Wesseling unter Moderation des Evaluationsexperten Dr. Sven Fries Grundlagen und Meilensteine für zwei konkrete Beispiele Evaluationskonzepte erarbeitet:

- Prävention und Management von Konflikten im öffentlichen Raum
- Förderung der Medienkompetenz von Kindern, Jugendlichen und Eltern auf kommunaler Ebene

Den Teilnehmern wurden insbesondere die praktischen Möglichkeiten der Prozessoptimierung einschließlich Überprüfung vermittelt.



2.5 Prävention von Internet-Devianz: Projekt „Webpatrol – Sicherheit im und durch das Internet“

Als vorrangiges Ziel verfolgte das Projekt, ein gebündeltes Angebot

- relevanter Informationen,
- gezielter Beratungsmöglichkeiten,
- konkreter Hilfeleistungen bei Problemen, Beeinträchtigungen und Gefährdungen,
- konkreter Nothilfe bei unmittelbaren Gefahren,

für die Bürger/innen in Deutschland vorzuschlagen.

Damit sollte auch eine gezielte Kompetenzförderung ermöglicht, die notwendige Sensibilität und das Risikobewusstsein im Umgang mit dem Internet als eine Art „Grundsicherung“ für Anwender geschaffen bzw. geschärft werden.

Nach Einrichtung eines hauptamtlichen Projektbüros beim Bund Deutscher Kriminalbeamter (BDK) und mit intensiver Unterstützung einzelner Projektpartner wie Serco GmbH, Frauenhofer Institut, isLOGIC AG, Kinkon GmbH, Pepper GmbH und der Projektgruppe verfassungsverträgliche Technikgestaltung der Universität Kassel wurde unter Leitung des Vorstandsbeisitzers, Herrn Klaus Jansen, eine Konzeption „Webpatrol“ zur Gestaltung von mehr „Sicherheit im und durch das Internet“ erarbeitet:

Mit Hilfe der Elemente:

- Notrufbutton
- Clearingstelle
- Informationsportal
- „Der 8. Sinn – Kampagne zur Aufklärung und Prävention“

soll der Nutzer im Internet nicht nur Informationen und Aufklärung erhalten, sondern auch die Möglichkeit haben, sich in Problemsituationen mit Hilfe des Notrufbuttons – integriert im Browser als Plugin – an eine Clearingstelle zu wenden, die ihm unmittelbar hilft.

Ziele von Webpatrol

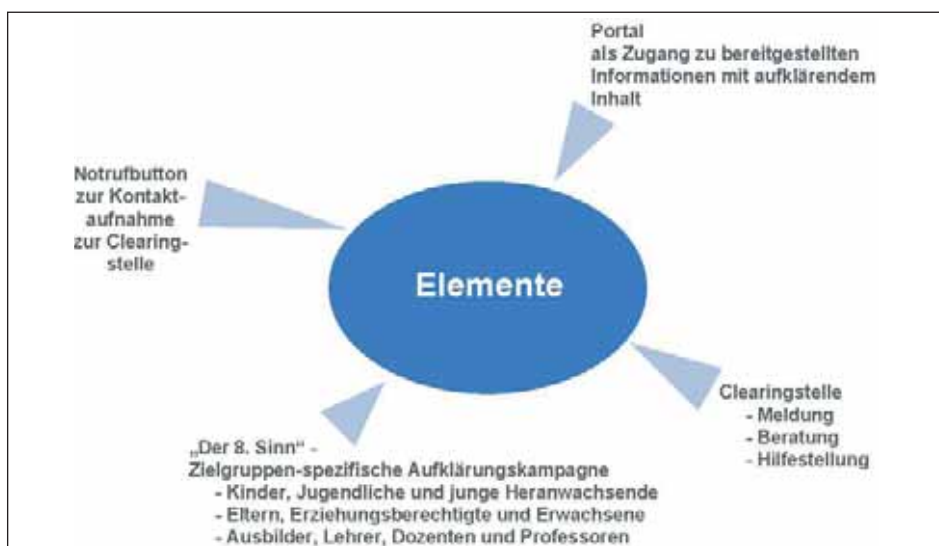
Hauptamtliches Projektbüro

Projektbeteiligte von „Webpatrol“

Konzeption erarbeitet

Elemente der Konzeption

Plugin



Clearingstelle

Vernetzung durch
Einrichtung eines Web-
Portals

Die Clearingstelle soll eingehende Anfragen und Meldungen aus der Nutzer-
schaft aufnehmen, sortieren und priorisieren sowie an geeignete nachgela-
gerte Stellen weiterleiten.

Neben dieser unmittelbaren Hilfestellung sollen Anfragen über das öffentli-
che Web-Portal gestellt werden können, das Informationen zielgruppenspe-
zifisch aufbereitet und vermittelt sowie den Zugang zu Beratung und Melde-
möglichkeit anbietet und für die folgenden Zielgruppen zur Verfügung stellt:

- Kinder, Jugendliche und Heranwachsende
- Eltern, Erziehungsberechtigte und Erwachsene sowie
- Ausbilder, Lehrer, Dozenten



Kosten eines Planungs-
projekts

Als Voraussetzung der Umsetzung wurde ein Planungsprojekt skizziert, das
bereits mit einem Finanzbedarf von rund 850.000 EUR hätte unterlegt wer-
den müssen. Die tatsächliche Realisierung aller Projektelemente und ihr
z.T. dauerhafter Betrieb sind auf einen vielfachen Millionenbetrag zu schät-
zen.

Diskussion des Konzeptes

Die Konzeption wurde im Herbst 2009 beim Bundesministerium für Ernäh-
rung, Landwirtschaft und Verbraucherschutz (BMELV) mit Fachleuten der
Bundesministerien des Innern (BMI), der Justiz (BMJ), Familie/Senioren/Frau-
en/Jugend (BMFSFJ), des Bundeskriminalamtes (BKA), des Bundes- und eines
Landesbeauftragten für den Datenschutz, des Bundesamtes für Sicherheit in
der Informationstechnik (BSI), der Bundeszentrale für politische Bildung
(bpb), der Technischen Universität (TU) Berlin sowie der Initiativen „Deutsch-
land sicher im Netz“, „Freiwillige Selbstkontrolle Multimedia-Dienstanbieter
(FSM)“, „Klicksafe“ und „eco – Verband der deutschen Internetwirtschaft
e.V.“ intensiv erörtert.

Der Vorschlag zur Bündelung der Informationsangebote auf einem gemeinsamen Portal im Sinne eines Kompetenznetzwerkes fand Zustimmung: Realisierungsmöglichkeiten gebe es etwa unter dem Dach der Initiative „Deutschland sicher im Netz e.V.“. Im Hinblick auf die Elemente „Notrufbutton“ und „Clearingstelle“ wurde

Informationsportal

- eine Verbesserung der Instrumente und Abläufe bei den Polizeien zur virtuellen Entgegennahme / Verarbeitung von Anzeigen und Gefahrenmeldungen sowie der zeitnahen Reaktion,
- eine Stärkung bestehender Beschwerdestellen etwa bei jugendschutz.net und eco/FSM (Internet-Beschwerdestelle)

Online-Wachen

Beschwerdestellen

empfohlen.

Mit Vorlage der Konzeption und anschließender umfassender Fachdiskussion haben die Projektakteure von Webpatrol wichtige Impulse für mehr Sicherheit im und durch das Internet gegeben.

Gleichzeitig wurde deutlich, dass die konzeptionelle Fortentwicklung sowie operative Umsetzungsschritte bei den gegebenen Verhältnissen nicht weiter unter dem Dach und mit Unterstützung des DFK zu leisten sind sondern im Interesse der Sachgerechtigkeit von anderen Akteuren in dem beim BMELV besprochenen Sinne weiterverfolgt werden sollten.

Fortsetzung des Projekts

2.6 Technische Kriminalprävention

Nachdem die 2007 von Kuratoren der Sicherheitswirtschaft initiierte Einrichtung einer DFK-Projektgruppe „Technische Kriminalprävention“ im Kuratorium breite Zustimmung gefunden hatte und in zwei Arbeitsgruppen jeweils für den Bahn- und Luftverkehr an technischen Lösungen für eine Verbesserung der Sicherheitsstandards in den Bereichen gearbeitet werden sollte, wird die Thematik zwischenzeitlich nicht mehr weiterverfolgt.

Arbeitsgruppen Bahn- und Luftverkehr beendet

2.7 Europäisches Netzwerk für Kriminalprävention (EUCPN)

Im Rahmen seiner Funktion als nationale Kontaktstelle hat das DFK an den Veranstaltungen des Europäischen Netzwerkes für Kriminalprävention (EUCPN) teilgenommen, die Tagungsergebnisse in Deutschland multipliziert sowie den Informationsaustausch mit den europäischen Partnern fortgesetzt.

DFK als nationale Kontaktstelle



Im Rahmen der Best-Practice-Konferenz des Netzwerkes am 9. und 10. Dezember 2009 in Stockholm wurde der mit 20.000 EUR dotierte Europäische Präventionspreis (ECPA) an die Verantwortlichen des Anti-Bullying Programms KiVa für finnische Schulen vergeben.

Europäischer Präventionspreis geht nach Finnland

KiVa

KiVa hat – gemäß wissenschaftlichem Nachweis – zu einem deutlichen Rückgang unterschiedlicher Ausprägungsformen von Bullying, Mobbing und Gewalt an finnischen Schulen beigetragen und wird bereits nahezu flächendeckend in Finnland umgesetzt (www.kivakoulu.fi/content/view/56/171/).



(Die Preisverleihung durch Justizministerin Beatrice Ask)

*Best-Practice-Konferenz
in Stockholm*

Die Tagung befasste sich mit dem Thema „Kriminalitätsphänomene zwischen Kindern und Jugendlichen: Aktuelle und zukünftige Herausforderungen der Prävention mit den Schwerpunkten Schule, Internet und Jugendbanden“ .

*Grußwort der schwedischen
Justizministerin*

In ihrem Grußwort betonte die schwedische Justizministerin Beatrice Ask die Verantwortung von Gesellschaft und Politik für einen respektvollen Umgang mit Kindern und Jugendlichen als Voraussetzung für die Verhinderung von Gewalt, Sucht und Kriminalität: „We have to hear what they are saying, not what we want to hear.“ Zu den klassischen Lebensbereichen Familie, Kindergarten, Schule und Freundeskreis komme heutzutage der „Cyberspace“ hinzu, der neue Risikofaktoren in sich birgt und die Erziehungsverantwortung von Eltern und Pädagogen in besonderer Weise fordert. Weiterhin plädierte die Ministerin für eine wissenschaftsbasierte kriminalpolitische Entscheidungsfindung: „It is my duty to seek policy decisions on a firm knowledge base“, und lobte die fundierten wissenschaftlichen Erkenntnisse und vielfältigen praktischen Beispiele und Erfahrungen, die im Rahmen der Konferenz vorgestellt wurden.

*Vorträge von Professoren
Lösel und Farrington*

Der wissenschaftliche Teil war mit Vorträgen von Prof. Dr. Friedrich Lösel (Cambridge und Nürnberg/Erlangen) und Prof. Dr. David Farrington (Cam-



(Professor Dr. Friedrich Lösel)

bridge) zur Frage nach effektiven Methoden und Programmen der (Gewalt-) Prävention bei Kindern und Jugendlichen herausragend abgedeckt.

In ihren Schlussfolgerungen und Empfehlungen waren sie sich einig, dass die besten präventiven Erfolge durch multimodale Konzepte erreichbar seien, insbesondere wenn sie frühzeitig ansetzten, entwicklungsorientiert bis zum Übergang ins Berufsleben ausgerichtet seien und die Übergänge zwischen den Handlungsfeldern wie etwa Elternhaus, Schule, Freizeitarbeit kooperativ gestaltet seien, was jedoch häufig noch nicht der Fall sei. Ein „goldenes Programm“ konnte nicht benannt werden, aber auf Gelingensbedingungen wurde hingewiesen, die den Empfehlungen des DFK (Expertise Prof. Dr. Scheithauer) weitgehend entsprechen. Farrington betonte im Kontext Schule die Bedeutung einer Verbesserung von Lernklima, Unterrichtsmethoden und pädagogischer Einstellung (Schulentwicklung).

Schlussfolgerungen und Empfehlungen im Sinne entwicklungsorientierter Prävention

Handlungsfelder sind Familien, Kita, Schule, Freizeitarbeit

Gelingensbedingungen

Lösel erhob die Forderung nach einer verbesserten Koordinierung in den relevanten Politikfeldern („overcoming barriers between governmental departments“) auf lokaler und nationaler Ebene und nach einer rationalen und integrierten kriminalpolitischen Entscheidungsfindung („long-term evidence-based and integrated policy“), die paradigmatisch im Sinne der Förderung von Kompetenzen und der Verbesserung von Lebensverhältnissen ausgerichtet ist („public health perspective“).

Verbesserte Koordinierung der relevanten Politikfelder

Rationale und integrierte politische Willensbildung und Entscheidungsfindung

Hier knüpft auch das von deutscher Seite vorgestellte Projekt KABAWIL an: Zentraler Ausgangspunkt des Düsseldorfer Projektes ist, dass die Kinder und Jugendlichen in ihrer Lebenswelt angesprochen werden: Ihre Interessen werden ernst genommen und ihre Stärken sichtbar gemacht. Neue Lernformen und die erlebte Dynamik in der Gruppe ermöglichen es ihnen, mit jedem Schritt ihre persönlichen Fähigkeiten auszubauen.

Deutsche Projektpräsentationen

KABAWIL fördert und bestärkt die vorhandene Kreativität der Jugendlichen, begleitet und ermutigt sie in einem längeren Schaffensprozess (Kontinuität und Durchhalten) und stützt und stärkt sie mit und durch die Beziehungsarbeit. KABAWIL arbeitet an Schulen und in Jugendclubs, kooperiert mit Jugendhilfeträgern und kommt so mit den Jugendlichen in Kontakt. Professionelle Künstler und Pädagogen arbeiten und begleiten die Jugendlichen im Projekt. Pädagogik und die Vermittlung künstlerischer Techniken und Arbeitsprozesse begegnen sich auf Augenhöhe. KABAWIL arbeitet mit künstlerischem und pädagogischem Anspruch.

Düsseldorfer Projekt KABAWIL

Weitere deutsche Beiträge waren:

- „Abschied von Hass und Gewalt“ – Programm für vorurteilsmotivierte und extremistisch orientierte jugendliche Gewalttäter des Violence Prevention Network e.V.
- Das Projekt „Gewalt ist keine Lösung“ : Ein Präventionsangebot zur Aufarbeitung von Gewaltvideos auf Handys an Schulen im Rems-Murr-Kreis

„Abschied von Hass und Gewalt“

„Gewalt ist keine Lösung“

Der Rat der Europäischen Union hat am 30.11.2009 einen Beschluss zum Ausbau des EUCPN gefasst, der eine Reihe von Änderungen der Bestimmungen bezüglich der Kontaktstellen, des Sekretariats sowie der Struktur und der Aufgaben des Direktoriums betrifft. Umsetzungsschritte werden derzeit im Direktorium erörtert.

Ratsbeschluss zum Ausbau des EUCPN

2.8 Kooperationspartnerschaft „Deutscher Präventionstag“ (DPT)

14. DPT in Hannover

„Solidarität leben –
Vielfalt sichern“

DFK als ständiger Kooperationspartner

Der 14. Deutsche Präventionstag 2009 hatte das Motto „Solidarität leben – Vielfalt sichern“. Das DFK hat sich – wie in den Jahren zuvor – sowohl finanziell als auch konzeptionell als ständiger Veranstaltungspartner und im Programmbeirat beteiligt und war mit einem Messestand vor Ort sowie mit einem Programmbeitrag („Auswirkungen regionaler Bevölkerungsentwicklung auf Risiken sowie Prävention von Gewalt- und Hasskriminalität“) vertreten.



Hannoveraner Erklärung

Vorrang von Erziehung,
Lernen und Kompetenzerwerb

Die „Hannoveraner Erklärung“ zum Thema fordert dazu auf, den Beitrag der Kriminalprävention zu Integration und Solidarität in der Gesellschaft zu stärken. Festgestellt und gefordert wird eine erzieherische Grundhaltung der kriminalpräventiven Strategien, „nämlich die Überzeugung, dass Gewalt im Kindes- und Jugendalter vorrangig durch Erziehung, Lernen und Kompetenzerwerb bewältigt werden kann. Die erzieherische Grundhaltung ist eine inkludierende, Solidarität vermittelnde Haltung.“

In der Erklärung wird an die Verantwortlichen in der Politik und in den Medien sowie in zivilgesellschaftlichen Gruppierungen auf kommunaler, Landes- und Bundesebene appelliert:

Bedeutung von sozialer
Teilhabe, Integration und
Solidarität

- den Beitrag der Kriminalprävention zu sozialer Teilhabe, Integration und Solidarität wahrzunehmen, zu würdigen und diesen bewährten Weg der Verdeutlichung gesellschaftlich verbindlicher Normen und Werte zu unterstützen und auszubauen;
- gerade den jungen Menschen, die sich nicht nur am Rande der Gesellschaft fühlen, sondern es auch sind, Zugehörigkeit zu vermitteln, sie zu integrieren und nicht – etwa durch repressive Maßnahmen – weiter auszuschließen und auszugrenzen;

Zugehörigkeit und gesellschaftlicher
Zusammenhalt

- Einkommens-, Bildungs- und Integrationsarmut abzubauen, sozialen Desintegrationserscheinungen entgegen zu wirken mit dem Ziel einer gleichberechtigten wirtschaftlichen, politischen, sozialen und kulturellen Teilhabe aller Bevölkerungsgruppen.

Sicherung der Entwicklungs- und Teilhabechancen für alle Bürger/innen

Der in Hannover angekündigte 15. Deutsche Präventionstag am 10. und 11. Mai 2010 in Berlin hat das Schwerpunktthema „Bildung – Prävention – Zukunft“ .

15. DPT in Berlin „Bildung – Prävention – Zukunft“

KONGRESSANKÜNDIGUNG | EINLADUNG



15. DEUTSCHER PRÄVENTIONSTAG

10. + 11. Mai 2010 – ICC Berlin



›Bildung – Prävention – Zukunft‹

Mit über 170 Vorträgen und Projektslots zum Schwerpunktthema sowie zu weiteren aktuellen Themen der Prävention findet der 15. Deutsche Präventionstag am 10. + 11. Mai 2010 in Berlin statt.

In der kongressbegleitenden Ausstellung haben Sie die Möglichkeit, sich mit neusten Informationen zu versorgen und Kontakte zu knüpfen. Mehr als 200 Institutionen stellen sich und ihre Projekte an Infoständen, Infomobilen, Posterpräsentationen und in Sonderausstellungen vor.

Im Werkstattbereich erleben Sie Bühnenstücke und Filme und haben darüber hinaus die Möglichkeit, als Gasthörer an Vorlesungen der Kinder- und Jugenduniversität teilzunehmen.

Das detaillierte Kongressprogramm erscheint im März 2010 und kann kostenlos online oder per Post/Fax beim ständigen Büro des Deutschen Präventionstages angefordert werden.

Anmeldung schnell und einfach unter:
www.praeventionstag.de

Kontakt:

DPT – Deutscher Präventionstag

Am Waterlooplatz 5 A

30159 Hannover

Fon 0511-235 49 49

Fax 0511-235 49 50

dpt@praeventionstag.de

Kontakt:

DPT – Deutscher Präventionstag

Am Waterlooplatz 5 A

30159 Hannover

Fon 0511-235 49 49

Fax 0511-235 49 50

dpt@praeventionstag.de

21

2.9 Öffentlichkeitsarbeit

Website/ Newsletter



Funktionen der Website

Newsletter und Präventionskalender

Die Website hat sich als geeignetes Mittel der Öffentlichkeitsarbeit und als hilfreich zur Vernetzung bereits vorhandener Präventionsstrukturen auf kommunaler und regionaler Ebene in Deutschland erwiesen. Sie bietet zahlreiche Verweisungen (Links) auf nationale und internationale Präventionsinitiativen sowie die Möglichkeit, kostenlos den periodischen DFK-Newsletter zu abonnieren. Insgesamt sechs Ausgaben haben von der Arbeit der Geschäftsstelle berichtet und weitere Nachrichten multipliziert. Der Präventionskalender weist auf anstehende Tagungen und Konferenzen hin.

Zeitschrift „forum kriminalprävention“

Zielgruppen der Zeitschrift

Die vom DFK herausgegebene Zeitschrift „forum kriminalprävention“ hat das zentrale Anliegen, Prävention als gesamtgesellschaftliche Aufgabe zu vermitteln sowie den Wissenstransfer und die Vernetzung der vielfältigen Präventionsinstanzen zu fördern. Das Interesse der Präventionsgremien in Bund, Ländern, Städten und Gemeinden, innerhalb der Polizei und Justiz, von Kinder- und Jugendinstitutionen sowie bei Erzieherinnen und Erziehern ist ausweislich der Rückmeldungen zu den Themenschwerpunkten der einzelnen Ausgaben ungebrochen.

Das Sprachrohr des DFK erscheint vierteljährlich beim „Verlag Deutsche Polizeiliteratur GmbH“ (VdP). In den vier Ausgaben 2009 wurden folgende Themen schwerpunktmäßig behandelt:

- Neue Wege der Prävention im Saarland
- Jugend und Kriminalität
- Rechtsextremismus – Aktuelle Erkenntnisse
- Amok – Phänomen und Präventionsansätze
- Gesellschaftlicher Zusammenhalt

Einzelne Artikel sind über die DFK-Website abrufbar.

Verlag Deutsche Polizeiliteratur (VdP)

Schwerpunktt Themen der Ausgaben 2009



Im Zeitraum 2006 bis 2009 war Herr Kriminaldirektor Detlef Schröder M.A. als Chefredakteur für die Planung und Zusammenstellung der Inhalte verantwortlich. Ausnahmslos ist es ihm ausgezeichnet gelungen, die richtige Mischung von Theorie und Praxis zu finden und die große Vielfalt der Präventionsthemen abzubilden. Im Oktober 2009 hat er eine neue Tätigkeit als Programmdirektor am European Police College (CEPOL) in Bramshill / Großbritannien begonnen. Das Reglement dort sowie auch die Arbeitsbelastung lassen ihm eine Nebenbeschäftigung nicht weiter zu. Für seine langjährige sehr gute Arbeit hat ihm der Vorstand sehr herzlich gedankt. Bis auf Weiteres hat Herr Wolfgang Kahl die Redaktion der Zeitschrift übernommen.

Redaktion

3. Finanzielle Förderung der Evaluation externer Projekte

Ausschreibung finanzieller Mittel zur Förderung der Evaluation kriminalpräventiver Projekte

Den Beschlüssen des Kuratoriums vom 28.01.2008 zur Neuausrichtung des DFK und im Laufe des Jahres 2008 erarbeiteten konzeptionellen Überlegungen folgend sind im April 2009 finanzielle Mittel zur Förderung wissenschaftlichen Standards entsprechender externer Evaluation kriminalpräventiver Projekte im DFK-Newsletter ausgeschrieben worden.

16 Bewerbungen

Die Ausschreibung hatte eine gute Resonanz. Insgesamt 16 Bewerbungen wurden in einem formalen Verfahren geprüft. Im Ergebnis werden fünf Projektevaluationen gefördert. Die ausgewählten Projekte arbeiten in den Bereichen Stärkung der Erziehungskompetenz von Eltern, Gewaltprävention in Grundschule und Sekundarstufe 1 sowie Pädagogik mit jugendlichen Gewaltstraftätern.

Fünf Projekte werden gefördert

Zuschüsse ausgezahlt

Bis Jahresende waren alle Verträge unter Dach und Fach sowie die Zuschüsse zwischen EUR 10.000 und EUR 23.000 ausgezahlt, so dass die Projektpartner mit der Arbeit beginnen konnten.

PiT-Hessen

Im Projekt „PiT Hessen“ (Prävention im Team) werden die Langzeiteffekte der Maßnahmen und ihre Wirkung auf subtile Aggressionsindikatoren durch die Philipps-Universität Marburg (Prof. Dr. Ulrich Wagner) evaluiert.



PiT- Hessen (www.pit-hessen.de) ist seit 2007 das Gewaltpräventionsprogramm der Hessischen Landesregierung im „Netzwerk gegen Gewalt“, getragen von den Ministerien für Inneres, Kultus und Arbeit, Familie, Gesundheit. Es handelt sich um ein Programm, das die Kooperation von Schule, Polizei und Jugendhilfe zur Grundlage seiner Arbeit macht. Teams aus Vertreter/innen von Schule, Polizei und Jugendhilfe führen Trainingsmaßnahmen mit Schülerinnen und Schülern durch und geben Impulse für die Personal-, Organisations- und Konzeptentwicklung insbesondere in der Schule.

BuddY in Grundschulen

BuddY.e.V. (www.buddy-ev.de) lässt für sein „BuddY-Grundschulprojekt“ spezifische Indikatoren für die weiteren Evaluationsschritte durch die Freie Universität Berlin (Prof. Dr. Herbert Scheithauer) erarbeiten. Diese evidenzbasierten wissenschaftlichen Grundlagen bilden einen wichtigen Rahmen für eine flächendeckende Ausweitung (derzeit in Niedersachsen und Nordrhein-Westfalen) und die Basis für die nachfolgende Wirksamkeits-Evaluation.



Das BuddY-Projekt in Grundschulen ist ein Programm zur Förderung persönlicher Handlungskompetenzen von und mit Grundschulkindern auf der Basis der Peergroup-Education. Es wirkt kriminalpräventiv durch die nachhaltige Verbesserung der Umgangs- und Lernkultur. Ein Ziel ist es, dass Kinder im Grundschulalter als Buddys (engl. Kumpel / Freund) aufeinander achten, füreinander da sind und miteinander lernen.

„Abschied von Hass und Gewalt“ ist ein Projekt der sozialpädagogischen Arbeit mit extremistisch und fundamentalistisch gefährdeten jugendlichen Gewaltstraftätern im Jugendvollzug und nach Entlassung. Es wird vom Violence Prevention Network e.V. (www.violence-prevention-network.de) durchgeführt sowie weitgehend aus öffentlichen Fördermitteln von Bund und einzelnen Ländern finanziert. Das DFK unterstützt die Wirkungsevaluation durch Prof. Dr. Helmut Lukas.

„Abschied von Hass und Gewalt“



Es setzt sich konzeptionell jeweils aus dem Trainingsprogramm in Haft und der Einbindung vertrauenswürdiger Angehöriger (als „Ankerpersonen“) zusammen. Enthalten ist zudem die Option, nach Entlassung bis zu einem Jahr sozialpädagogisch betreut zu werden.

Die Trainingsmodule haben die Auseinandersetzung mit der eigenen Biografie und den darin manifesten Grundmustern / Motiven zum Inhalt sowie die Rekonstruktion der Tat mit den darin zutage tretenden Verleugnungs- und Verharmlosungsstrategien sowie schließlich die Auseinandersetzung mit dem tatsächlichen Opfer sowie dem „Opferstatus“, den die jugendlichen Täter häufig für sich selbst reklamieren. Das abschließende Modul bereitet auf den Alltag nach Haftentlassung vor, beispielsweise auf die Risikosituationen bei Begegnungen mit den alten Cliques.

„FAMOS – Familien optimal stärken“ heißt das vom Bund der Richter und Staatsanwälte in NRW e.V. initiierte und mit verantwortete Projekt in der „Modellregion für Erziehung in Paderborn“ (www.modellregion-erziehung.de), das in besonderem Maße auf eine Stärkung der Erziehungskompetenz von Eltern abzielt. Mit der finanziellen Hilfe des DFK werden der Prozess der Implementierung in Paderborn sowie die ersten Effekte durch die Universität Bielefeld (Professorin Dr. Nina Heinrichs) evaluiert.

„FAMOS – Familien optimal stärken“



Die Verringerung von Gewalt in Familien und von Gewaltbereitschaft unter Kindern und Jugendlichen soll im Modellprojekt durch die Allianz verschiedener am Erziehungsprozess beteiligter Institutionen erreicht werden. Dabei wird durch die Stärkung der elterlichen Erziehungskompetenz sowie durch eine Verbesserung der Zusammenarbeit zwischen Eltern und deren Anlaufstellen, wie Kindergärten, Schulen, Kinderärzte, Hebammen, Psychothera-

peuten u.w. eine Basis geschaffen, die eine gesunde Entwicklung und Förderung der Kinder ermöglicht. Durch niedrigschwellige und kurzfristige Angebote soll es ermöglicht werden, alle Eltern, auch die sozial schlechter gestellten Gruppen, anzusprechen.

Drei relevante Präventionsprogramme kommen zum Einsatz:

- EFFEKT® EntwicklungsFörderung in Familien: Eltern- und Kinder-Training (Arbeitsgruppe Prof. Dr. Lösel, Institut für Psychologie, Universität Nürnberg-Erlangen),
- PEP-Präventionsprogramm für expansives Problemverhalten (Arbeitsgruppe Prof. Dr. M. Döpfner, Klinik und Poliklinik für Psychiatrie und Psychotherapie des Kindes- und Jugendalters, Köln) und
- TRIPLE P – Positives Erziehungsprogramm (Arbeitsgruppe Prof. Dr. K. Hahlweg, Institut für Psychologie, Technische Universität Braunschweig)

Schließlich wird die von der Universität Greifswald (Prof. Dr. Manfred Bornewasser) durchgeführte Evaluation des Projektes *„Gewaltprävention in Kitas und Schulen im Landkreis Ostprignitz/Ruppin (Brandenburg)“* gefördert.

„Gewaltprävention in Kitas und Schulen im Landkreis Ostprignitz/Ruppin“



Ein interdisziplinäres Prozessteam aus den Bereichen Kita, Schule, Schulpsychologie, Kommunalverwaltung und Polizei hat die Implementierung der pädagogischen Konzepte für Kindergarten (EFFEKT®) und Schule (OLWEUS) als Prozess geplant, beschrieben und landkreisweit begonnen. Ein besonderer Akzent wird auf die Gestaltung des Übergangs von Kindergarten zur Grundschule gesetzt. Vor der Umsetzung der Elemente werden die Erzieher/innen und Pädagoginn/en fortgebildet. Es stehen die Trainingsmanuale der Programme sowie ein vom Team selbst entwickeltes prozessbeschreibendes Handbuch mit zahlreichen sehr konkreten Arbeitshinweisen und -mitteln zur Verfügung.

EFFEKT® und OLWEUS

4. Organisation, Personal und Finanzlage der Stiftung

4.1 Organisation

Die Geschäftsstelle befindet sich an ihrem Stiftungssitz, im Gebäude der Dienststelle des Bundesministeriums des Innern in 53117 Bonn, Graurheindorfer Straße 198.

Geschäftsstelle in Bonn

4.2 Personal

Bis Mitte 2009 hat Herr Wolfgang Kahl alle Aufgaben der Geschäftsstelle allein erledigt. Seit dem 22. Juli 2009 verstärkt Frau Ines Reckin die administrative Aufgabenerledigung. Herr Staatsanwalt Stefan Daniel hat seine Arbeit beim DFK am 15. Oktober aufgenommen. Beide neuen Kräfte sind vom Bundesministerium der Justiz entsandt. Zusätzliche Personalgestellungen konnten durch Bund und Länder nicht geleistet werden. Das Bundeskriminalamt hat Herrn Kahl dem DFK bis Mitte des Jahres 2010 zugewiesen.

Personelle Entwicklung der Geschäftsstelle

4.3 Finanzlage

Das eingezahlte Stiftungskapital ist bis zum 31. Dezember 2009 konstant bei 2.822.800,12 EUR geblieben, d.h. es hat keine weiteren Zustiftungen gegeben. Das Stiftungsvermögen wurde zum Jahresende mit rund 3 Millionen Euro bewertet.

Stiftungskapital konstant

Die Anlage und Verwaltung des Vermögens erfolgte im Berichtsjahr unverändert durch das Bankhaus Sal. Oppenheim. Aus dieser Vermögensanlage wurde 2008 ein für Stiftungszwecke im Folgejahr einsetzbarer jährlicher Nettoertrag von rd. 80.000 EUR erwirtschaftet. Aus dem Vorjahr stand ein Liquiditätsüberschuss von rd. 83.000 EUR zur Verfügung. Für das Budget ergab sich ein Mittelansatz von rd. 163.000 EUR.

Vermögensverwaltung beim Bankhaus Sal. Oppenheim

Das DFK hat im Berichtsjahr 123.000 EUR für die beschriebene Arbeit aufgewendet. Diese Aufwendungen entfielen im Wesentlichen auf die Projektförderung (59.000 EUR), das Projekt Webpatrol (20.000 EUR), Veranstaltungen im Zusammenhang mit dem Schwerpunkt „Gewaltprävention“ (16.000 EUR), die Mitveranstaltung des 14. Deutschen Präventionstages (DPT) sowie eine Vorauszahlung für den 15. DPT 2010 (insgesamt 20.000 EUR), Betrieb und Weiterentwicklung des Präventionsinformationssystems (5.000 EUR), Internetauftritt (3.000 EUR).

Ausgaben für Projektförderung und Projektarbeit

Infrastruktur- und Betriebskosten

Budgetüberschuss

Die Kosten für den laufenden Betrieb der Geschäftsstelle (Infrastruktur der Geschäftsstelle, Reisekosten, Porto, etc.) betragen rd. 11.000 EUR. Zum Ende des Jahres ergab sich ein Liquiditätsüberschuss von rd. 29.000 EUR, der in das Budget 2010 übertragen wurde.

Budget-Übersicht 2009

Einnahmen 2009 (gerundet)		Ausgaben 2009 (gerundet)	
Übertrag 2008	83.000 EUR	Projektarbeit und -förderung	123.000 EUR
Nettoerträge	80.000 EUR	Infrastruktur	11.000 EUR
		Überschuss	29.000 EUR
Summe	163.000 EUR	Summe	163.000 EUR

Budget 2010

Die Nettoerträge haben im Jahr 2009 lediglich eine Höhe von 56.000 EUR erreicht, so dass sich das Budget 2010 auf rund 85.000 EUR beläuft.

4.4 Jahresabschluss 2008

Jahresabschluss 2008 von KPMG erstellt

Die KPMG Deutsche Treuhand- Gesellschaft Wirtschaftsprüfungsgesellschaft hat zum 1. Dezember 2009 den Jahresabschluss 2008 auf der Grundlage der dort geführten Bücher des DFK unter Beachtung von Gesetz und Satzung erstellt.

Anhang I:

Mitglieder des Kuratoriums am 31. Dezember 2009

Institution	Name
Adolf Würth GmbH & Co. KG	Franz Zipperle
ARD	Dr. Reinhard Hartstein
Bankhaus Sal. Oppenheim	Uwe Gerstenberg (Vizepräsident)
Bosch Sicherheitssysteme GmbH	Michael von Foerster
Bundesarbeitsgemeinschaft der Freien Wohlfahrtspflege	Professor Dr. Hans-Dieter Schwind
Bund Deutscher Kriminalbeamter (BDK)	Klaus Jansen
Bundesdruckerei GmbH	Ulrich Hamann
Bundesrepublik Deutschland	Bundesminister des Innern Dr. Thomas de Maizière
	Bundesministerin der Justiz Sabine Leutheusser-Schnarrenberger
	Bundesministerin für Bildung und Forschung Dr. Annette Schavan
	Bundesminister für Gesundheit Dr. Philipp Rösler
	Bundesministerin für Familie, Senioren, Frauen und Jugend Dr. Kristina Schröder
Bundesverband der Deutschen Industrie (BDI)	Dietmar Harting
Bundesverband Deutscher Zeitungsverleger e.V.	Dietmar Wolff
Bundesverband der Hersteller- und Errichterfirmen von Sicherheitssystemen e.V. (BHE)	Dr. Urban Brauer
Bundesvereinigung der kommunalen Spitzenverbände	Henriette Reker
Bundesvereinigung der kommunalen Spitzenverbände; Deutscher Städte und Gemeindebund	Uwe Lübking
Bundesvereinigung der kommunalen Spitzenverbände; Deutscher Landkreistag	Dr. Kay Ruge

Institution	Name
Bundesvereinigung der kommunalen Spitzenverbände; Deutscher Städtetag	Dr. Manfred Wienand
Bundesverband Deutscher Wach- und Sicherheitsunternehmen e.V. (BDWS)	Wolfgang Waschulewski
Christ Juweliere und Uhrmacher seit 1863 GmbH	Jochen Schnell
CONSULTING PLUS Sicherheitsberatung und Service GmbH	Stefan Bisanz
Deutsche Bahn AG	Professor Gerd Neubeck
Deutscher Gewerkschaftsbund (DGB)	Konrad Freiberg
Deutscher Industrie- und Handelskammertag (DIHK)	Dr. Jürgen Möllering
Deutscher Mieterbund e.V.	Dr. Franz-Georg Rips
Deutscher Olympischer Sportbund (DOSB)	Ingo-Rolf Weiss
Deutscher Sparkassen- und Giroverband e.V. (DSGV)	Dr. Karl-Peter Schackmanns-Fallis
Deutsche Telekom AG	Reinhard Rupprecht
Freie Hansestadt Bremen	Senator für Inneres und Sport Ulrich Mäurer
Freie und Hansestadt Hamburg	Senator für Inneres Christoph Ahlhaus
Freistaat Bayern	Staatsminister des Innern Joachim Herrmann
Freistaat Sachsen	Staatsminister des Innern Markus Ulbig
Freistaat Thüringen	Innenminister Professor Dr. Peter Huber
Gesamtverband der Deutschen Versicherungswirtschaft e.V. (GDV)	Thomas Leicht
Gewerkschaft der Polizei (GdP)	Sascha Braun
Giesecke & Devrient GmbH	Fabian Bahr
Handelsverband Deutschland (HDE) Der Einzelhandel	Stefan Genth
Klüh Security GmbH	Gunnar Rachner
Kommissariat der Deutschen Bischöfe	Prälat Dr. Karl Jüsten
KPMG Deutsche Treuhand-Gesellschaft AG Wirtschaftsprüfungsgesellschaft	Rüdiger H. Birkental

Institution	Name
Land Baden-Württemberg	Innenminister Heribert Rech
Land Berlin	Senator für Inneres Dr. Erhart Körting
Land Brandenburg	Innenminister Rainer Speer
Land Hessen	Justizminister Jörg-Uwe Hahn
Land Mecklenburg-Vorpommern	Innenminister Lorenz Caffier
Land Niedersachsen	Justizminister Bernd Busemann
Land Nordrhein-Westfalen	Innenminister Dr. Ingo Wolf
Land Rheinland-Pfalz	Minister des Innern und für Sport Karl Peter Bruch
Land Sachsen-Anhalt	Minister des Innern Holger Hövelmann
Land Schleswig-Holstein	Innenminister Klaus Schlie
L-1 Identity Solutions AG	Dr. Martin Werner
Rat der Evangelischen Kirche in Deutschland	David Gill
Saarland	Minister für Inneres und Europaangelegenheiten Stephan Toscani
SECURITAS Sicherheitsdienste Deutschland Holding GmbH & Co. KG	Ralf Brümmer
Siemens AG	Angelika Staimer
VISA Europe Services Inc.	Heike Müller
Weißer Ring e.V.	Professor Dr. Hans-Dieter Schwind
Zentralrat der Juden in Deutschland	Charlotte Knobloch
Zentralverband Elektrotechnik- und Elektroindustrie e.V. (ZVEI)	Angelika Staimer
Zentralverband des Deutschen Hand- werks e.V. (ZDH)	Peter Dreißig

Anhang II

Mitglieder des Vorstandes am 31. Dezember 2009

Institution	Name
Professor Dr. Rudolf Egg (Vorsitz)	Kriminologische Zentralstelle e.V.
Norbert Seitz (Geschäftsführung)	Bundesministerium des Innern
Dieter John	Rölfs WP Partner AG Wirtschafts- prüfungsgesellschaft

Beisitzer des Vorstandes am 31. Dezember 2009

Institution	Name
Dr. Helmut Fünfsinn	Hessisches Ministerium der Justiz
Uwe Gerstenberg	CONSULTING PLUS Sicherheits- Beratung und Service GmbH
Klaus Jansen	Bund Deutscher Kriminalbeamter (BDK)
Norbert Küster	Zentralverband der Elektrotechnik- und Elektroindustrie e.V. (ZVEI)
Werner Leonhardt am 04.12.2009 verstorben	Stadt Düsseldorf (für die Bundesvereinigung der kommunalen Spitzenverbände)

HERAUSGEBER

STIFTUNG DEUTSCHES FORUM FÜR KRIMINALPRÄVENTION

C/O BUNDESMINISTERIUM DES INNERN,

GRAURHEINDORFER STRASSE 198

D-53117 BONN

TEL.: 02 28/996 81 37 25

E-MAIL: DFK@BMI.BUND.DE

INTERNET: WWW.KRIMINALPRAEVENTION.DE